

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Donnerstag den 20. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 18. Februar 1902.

Im Reichstage schleppte sich heute die zweite Lesung des Militäretats im ersten Theil der Sitzung sehr langweilig hin. Der Zentrums-Abgeordnete Faltin gab seiner Sehnsucht nach dem Referentenamt für die Gerichtsschreiber Ausdruck und Herr Rosicke vom Bund der Landwirthe forderte mit gewohnter agrarischer Bescheidenheit höhere Entschädigungen für die Landwirtschaft beim Manöver. Außerdem sang er das hohe Lied vom Bauernstand, dem Grundpfeiler des Staates und der Armee. Von der Militärverwaltung wurde mitgeteilt, daß eine Statistik eingeleitet ist, um die Zahl der Militärdiensttauglichen, die jeder einzelne Beruf stellt, zu ermitteln. Dann trat Graf Oriola von den Nationalliberalen als freiwilliger Regierungskommissar auf und kritisierte mit großer Oberflächlichkeit die gestrige Bebel'sche Rede.

Ein frischer Zug kam erst in die Debatte, als Bebel das Wort ergriff, um mit seinen Gegnern abzurechnen. Mit großem Nachdruck wies er auf die konstitutionelle Dupirung des Reichstags hin, die dadurch begangen worden ist, daß bei Wrechen Baraden errichtet worden sind, ohne daß der Reichstag die Mittel dazu bewilligt hat. Dann stellte er fest, daß nach seiner Kenntnis in der That Offiziere, die wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft waren, sehr bald begnadigt worden sind und polemisierte weiter sehr glücklich gegen den Grafen Oriola. Er stellte dabei fest, daß die Sozialdemokraten nicht Staatsfeinde, sondern nur Feinde des herrschenden Systems seien, und daß sie nicht mit Genußnahme die schmutzige Wäsche der Armee wünschen, sondern den Parlamentarismus als Mittel betrachten, um durch rückhaltlose Aufdeckung der Mißstände dieselben zu beseitigen. Die Frage des Grafen Oriola, ob die Sozialdemokratie bereit wäre, für eine Militärreform in ihrem Sinne die notwendigen Gelder zu bewilligen, wies Bebel zurück, indem er auf die Untheilbarkeit unserer Forderungen und auf den volksfeindlichen Charakter, den einflußreiche Stellen der Armee geben wollen, hinwies. Den Grafen Oriola nagelte er an, daß er die mißhandelnden Unteroffiziere in Schutz genommen, aber für die mißhandelten Soldaten nichts übrig gehabt hätte.

In die Diskussion schob sich wieder eine kleine Polen-debatte ein. Dann behandelte der freisinnige Rechtsanwalt Lenzmann sehr eingehend und gründlich die prozessualen Verstöße, die in dem Prozeß Hidel und Marten vorgekommen sind. Auch der nationalliberale Abg. Waffermann behandelte das Thema der Militärstrafprozessordnung, natürlich in seiner nationalliberalen Art.

Zum Schluß hielt der bekannte ehemalige Staatsanwalt und jetzige Geheim-Kriegsrath Roman als Vertreter des Kriegsministers eine lange Rede, in der er mit ungeheurem Wortschwall und lebhaften Gestikulationen, aber inhaltlich in recht schwacher Weise die im Gumbinner Fall vorgekommenen Verletzungen zu beschönigen versuchte. Auf der Linken achtete man den Herrn aus. Morgen geht die Debatte weiter.

146. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Goltzler.

Das Ansehen des verstorbenen Abg. Herrn v. Hammerlein (Walf.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Der Gesetzentwurf über die Kontrolle des Reichsausschusses wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Dann wird die zweite Lesung des Militäretats beim Titel „Kriegsminister“ fortgesetzt.

Faltin (Z.) beschwert sich darüber, daß Gerichtsschreiber nicht Referentoffiziere werden können. Der Bezirkskommandeur muß nur in jedem einzelnen Fall die persönlichen Verhältnisse des Einzelnen prüfen.

Dr. Rosicke (Kaiserlaunen (B. d. L.) verlangt bei den Pferdemonstrationen größere Berücksichtigung der Wünsche der Landwirtschaft. Es müsse durch amtliche Erhebungen festgestellt werden, welche Jahreszeit für die Pferdemonstrationen am besten geeignet ist. Rosicke wünscht weiter, daß die Proviantämter zum mindesten den Preis für Getreide anbieten, den die Händler notiren. Ganz unzulässig ist auch der Zustand, daß bei Manövern ganze Gemeinden von ihrem gesammten Getreide entblößt werden. Die Manöver sollen bedeuten heute eine Extraktur des Landes gegenüber den Städten. Der Flurschaden wird nicht immer noch richtigen Grundätzen berechnet, oft wird als entgangener Gewinn, der nicht entzogen wird, betrachtet, was thatsächlich Schaden ist. Seltlich läge ich den Herrn Kriegsminister, ob dem Wunsch des Reichsausschusses nachgekommen ist, Feststellungen zu erheben, in welchem Verhältnisse die Zahl der zum Militär Tauglichen sich auf die einzelnen Berufe vertheilt. Die Landwirtschaft hat an einer solchen Statistik ein großes Interesse; denn daraus wird sich ergeben, ob die Erhaltung der Landwirtschaft im Interesse Deutschlands liegt.

General von Heeringen: Mit der Anregung des Herrn Vorredners in Bezug auf die Proviantämter ist die Heeresverwaltung einverstanden, selbstverständlich muß sie aber auch ihr eigenes Interesse wahren. — Schon im vorigen Jahre sind 64 Prozent der Getreide durch Ausmischung befreit worden. Auf die Entschädigung für Flurschaden hat das Kriegsministerium sehr wenig Einfluß.

General v. Einem: Die Statistik, nach der sich der Herr Vorredner erkundigte, ist eingeleitet und wir nehmen an, daß im nächsten Jahre die Resultate vorliegen werden.

Graf Oriola (N.) plädiert für höhere Entschädigung der durch die Einquartierung betroffenen Bauern und dessen Ersatz für Flurschaden. Rosicke polemisiert hierauf gegen die gestrigen Äußerungen des Abg. Czarnowski. — Ich finde es sehr bedauerlich, daß vom Abg. Bebel unser Heer in solcher Weise heruntergerissen wird. In andern Ländern bringt man solche Mißstände vor die Justiz, die eine Beseitigung der Mißstände verfügen kann. Herr Bebel kritisiert aus einzelnen bedauerlichen Vorgängen die Allgemeinheit. Gerade das aber ist das Gefährliche bei solchen Kritiken. Herr Bebel hat auch von einer Ueberlastung der Unteroffiziere gesprochen. Ich glaube aber, wir können kaum einen Antrag vom Abg. Bebel erwarten, der die Zahl der Unteroffiziere vermehren will. Herr Bebel hat sich auf eine Broschüre eines angeblichen Offiziers berufen; uns sind aber die Offiziere unserer Generalstabes größere Autoritäten, als der Gemährsmann des Abg. Bebel. Herr Bebel ist ja über die ausländischen Armeen sehr gut informiert, wenn es sich aber darum handelt, unsere Grenzen zu besetzen, dann bewilligt er aber keinen Groschen. Auf die Äußerungen des Abg. Bebel über die Militärarmee lohnt es sich hier gar nicht einzugehen. (Lebh. Beif. rechts und bei den Matrosen.)

Auf eine Beschwerde des Abg. Rosicke (Zp.) erwidert Kriegsminister v. Goltzler, daß die sanitären Vorschriften in der Armee streng gehandhabt würden und die Kopfkrankheit nicht vom 8. österreichischen Infanterieregiment verschleppt worden sei.

Bebel (S): Herr Dr. Rosicke hat in seiner heutigen Wahrede (Sehr richtig! links) die Bedeutung des Bauernstandes für die Armee hervorgehoben. Ebenso wichtig für das Heer ist aber die industrielle Bevölkerung. Der Bauernstand geht auch nicht zurück. Sollte sich aber ergeben, daß die Landwirtschaft mehr brauchbare Mannschaften für das Heer stellt, als die Industrie, so würde sich für uns nur daraus ergeben, daß die Lebensverhältnisse der Industriearbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit und eine vernünftige Wohnungspolitik verbessert werden müssen. Im Königreich Sachsen kommen auf 100 gewerblich thätige Personen nur 14 in der Landwirtschaft. Dem sächsischen Kriegsminister haben aber noch nie Ramschaffien gefehlt, ebensowenig wie sie England fehlen würden, wenn es die allgemeine Wehrpflicht einführt. Der Herr Kriegsminister hat bestätigt, daß in Wrechen und Umgegend Baraden erbaut wurden, und gesagt, eine Einquartierung sei mit der Niederlegung der Festung Posen nöthig geworden. Das war doch aber schon seit Jahren bekannt, warum ist da der Reichstag nicht befragt worden? Es handelt sich hier eben um eine konstitutionelle Dupirung von Seiten der Militärverwaltung. Der Reichstag muß sich entschieden gegen solche Maßnahmen verhalten. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Im Falle Luthmer hat das Landgericht dem Referentenamt die volle Entschädigung auferlegt, das Oberlandesgericht hat hinzugefügt, daß die Schuld im Verhalten des Referentenamts gelegen hätte. Da muß man sich doch wundern, wie der Herr noch einen Tag hat Referentenamt kleben können. Der Kriegsminister jagte weiter, die Mißhandlungen hätten abgenommen; er hat auf die 2900 Verbehafteten in der Armee hingewiesen. Schwere Verbrechen werden doch aber überhaupt nicht in der Armee aufgenommen, es wird sich wahrscheinlich um ganz geringfügige Strafen handeln. Ich habe übrigens einmal gesehen, daß in der bayerischen Armee keine preussischen Unteroffiziere mehr aufgenommen werden sollen, daß gerade sie sich in der bayerischen Armee besondere Mißhandlungen hätten zu Schulden kommen lassen sollen. Wenn ich von Begnadigungen bei Sittlichkeitsverbrechen gesprochen habe habe ich natürlich nicht die Gemeinen, sondern Offiziere gemeint. Daß durch die zahllosen Verordnungen eine gewisse Nervosität in der Armee gekommen ist, bestätigen selbst Offiziere und es ist mir merkwürdig, daß sich Graf Oriola hier als militärischer Sachverständiger aufspielt, der selbst niemals Soldat gewesen ist. Wenn er die Authentizität der von mir zitierten Schrift bezweifelt, so ist das eine Beleidigung eines der anständigen deutschen Verlage. Wenn der Name des Verfassers genannt worden wäre, hätte dieser sicher seine Stellung verloren. Graf Roon hat uns als Staatsfeinde bezeichnet, wir sind aber nur Systemfeinde und von diesem braucht nichts mehr übrig bleiben und das deutsche Reich wird doch noch bestehen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Lachen rechts.) Wir wollen hier nur die Mißstände rückhaltlos aufdecken und keine bloße Selbstbeweihräucherung sein. Für Änderungen in der Armee werden wir erst dann Geld bewilligen, wenn auf allen Gebieten unserer Forderungen nachgekommen wird. Sollen wir viell. Geld bewilligen für eine Armee, von der wiederholt von höchster Stelle gesagt worden ist, daß sie dazu da sei, um auf Vater und Mutter zu schießen, um den inneren Feind zu bekämpfen, die als das geeignete Hauptmoment gegen die Sozialdemokratie bezeichnet wird. Den Offiziersstand habe ich nie, wie es mir Graf Oriola vorwirft, vor dem Auslande heruntergemacht. Sehr charakteristisch war, daß Graf Oriola die mißhandelnden Unteroffiziere in Schutz nahm, für die mißhandelten Soldaten aber kein Wort übrig hatte. Die Äußerungen des Offiziers, die ich hier zitierte, werden von vielen anderen Autoritäten getheilt. Graf Oriola meinte, es sei unsozialistisch, die deutsche Armee anzugreifen, weil man ihr die deutsche Einheit verdanke. Die hätten wir aber längst gehabt, wenn sie die preussischen Könige nicht unmöglich gemacht hätten. Freilich sah die Freiheit, die das deutsche Volk vor den 60er Jahren erkrachte, ganz anders aus, als die, die wir jetzt haben. — Ich möchte hier noch einen Fall zur Sprache bringen, in dem eine Frau, die die Befreiung ihres Sohnes vom Militär erkrachte, auf offener Straße aufgefodert wird, sich zur militärischen Unternehmung einzufinden. Das hätte doch wahrlich auch in einem Briefe geschehen können. Auch möchte ich be-

gehend bitten, daß der Unzufriedene abgestellt wird, daß Soldaten im Dienste benutzt werden, um anderen Arbeitern Konkurrenz zu machen. Das ist gerade in der Zeit der heutigen Arbeitslosigkeit verwerflich. (Beifall bei den Sozial.)

v. Strombeck (Z) bittet um Aufklärung betr. die Anlegung eines Truppenübungsplatzes auf dem Eichsfelde.

Preussischer Generalleutnant v. Heeringen: Der Anregung des Abg. Eichhof, betr. das Projekt eines Truppenübungsplatzes, wurde von Seiten der Militärverwaltung nachgekommen, doch ergaben sich dabei viele Schwierigkeiten. Die Bewohner hatten ihre Hoffnungen überhaupst und ihre Forderungen daher sehr gesteigert, so daß sich eine Mehrausgabe von 3 Mill. M. herausgestellt hätte. Dazu kam, daß ein Eisenbahnprojekt über den Platz führte. Aus diesen Gründen wurde das Projekt der Anlegung eines Truppenübungsplatzes endgültig aufgegeben.

Bayerischer Militärbevollmächtigter Generalmajor v. Enders erklärt die Behauptung des Abg. Bebel, daß preussische Unteroffiziere nicht in die bayerische Armee aufgenommen werden, für unrichtig.

v. Czarnowski (Polen): Der Kriegsminister hat von der politischen Agitation gesprochen; der Sitz dieser aber sind die Maßnahmen der preussischen Regierung, der größte politische Agitator war Fürst Bismarck! Wären doch die Fremde des Grafen Oriola, denen es im Osten nicht gefällt, nach dem Westen ziehen. (Beifall bei den Polen.)

Lenzmann (Zp.) legt die bekannten Verhandlungen im Prozeß Hidel dar. Ein flagranter Rechtsbruch liegt darin, daß Hidel trotz seiner Freisprechung in Haft gehalten wurde. Die konstanten Juristen den Haren Wortlaut des § 179 der Mil.-Str.-P. O. so falsch interpretieren. Eine weitere Ungeheuerlichkeit bestand darin, daß die Briefe des Rechtsanwalts Horn an Hidel geöffnet wurden, bevor sie Hidel erhielt. Weiter ist die Bestimmung nicht eingehalten worden, daß die Richter vor Beginn des Geschäftsjahres ernannt werden. Geht es nicht erst ad hoc, dann liegt die Gefahr vor, daß nicht unparteiische Richter das Urtheil abgeben. Daneben sind noch Unlieblichkeiten vorgekommen, die auf Nichtbeseitigung des Justizstandes des Gerichtsherrn zurückzuführen sind. Diese Gerichte herrn verstehen nur zu oft, ihre persönliche Meinung durchzusetzen. Im Falle Hidel-Marten hat der oberste Gerichtsherr durch seinen Befehl der Widerverhaftung Hidel öffentlich seinen Willen kundgegeben, daß Hidel verhaftet werden möge. Ein solcher Eingriff des obersten Gerichtsherrn muß scharf zurückgewiesen werden. Wir werden nicht eher eine befriedigende Militärjustiz bekommen, als bis an Stelle des Gerichtsherrn ein unabhängiger Untersuchungsrichter gesetzt ist. Weiter giebt es heute gegen den Haftbefehl des obersten Kriegsherrn keine Beschwerden. Freilich Herr Roman, der hervorragende Interpret der Militärstrafprozessordnung, (Schlichter links) hat gemeint, es gäbe wohl eine Beschwerde an das Reichsmilitärgericht. Das ist aber nur seine persönliche Ansicht. Ich hoffe, daß durch eine baldige Revision der Militärstrafprozessordnung das Vertrauen in die Militärjustiz wiederhergestellt werden wird. (Bravo! links.)

Waffermann (N.): Eine Revision der eben erst in Kraft getretenen Militärstrafprozessordnung ist heute noch nicht möglich. Die Institution des Gerichtsherrn ist uns ja auch wenig sympathisch, aber es müssen erst Erfahrungen gesammelt werden. Bei dem Gumbinner Verfahren sind ja zweifelloso Fehler gemacht worden, die ich nicht entschuldigen will. Aber das Reichsmilitärgericht hat ja Remedur eintreten lassen, indem es den Prozeß an die zweite Instanz zurückverwies. Die Art, wie das Urtheil in der Öffentlichkeit kritisiert worden ist, bedauere ich tief. Was die erneute Verhaftung Hidel's nach seiner Freisprechung anlangt, so kommt es auf den Beweis an, daß neue Verdachtsmomente gegen Hidel vorgelegen haben. Bieleicht wird uns Herr Roman darüber Auskunft geben können. (Beifall b. d. Matrosen.)

Preussischer Geh. Kriegsrath Dr. Roman: Dadurch, daß mich hier Herr Abg. Lenzmann als Angeklagten hingestellt hat, hat er mir das Recht gegeben, mich ausreichend zu verteidigen. Ich fühle mich stark genug, bei einer etwaigen Revision der Militärstrafprozessordnung das bewährte Institut des Gerichtsherrn zu verteidigen. Entgegen der Behauptung des Abg. Lenzmann muß ich feststellen, daß ich stets der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß gegen den Haftbefehl des obersten Gerichtsherrn eine Beschwerde unzulässig sei. Auch die Behauptung, die Richter ließen sich durch den Gerichtsherrn hypnotisieren, ist unrichtig. — Hidel ist nach seiner Verhaftung nicht in Haft b. halten, sondern von neuem vorläufig verhaftet worden. Neue Verdachtsgründe waren am Tage der Haftentlassung festgestellt worden. Formal war ja der Haftbefehl nicht glücklich abgefaßt (Schlichter links), es kommt doch nur darauf an, ob der Haftbefehl materiell berechtigt war. — Es handelt sich hier, wie Sie wissen, um ganz kleine Zeiträume. Die Mutter Martens hatte ausgedrückt, daß Hidel 22 Minuten in ihrer Wohnung gewesen sei, während Hidel den 3. Punkt auf 2 Minuten angegeben hatte. Der Verdachtsgrund wurde deshalb nicht in dem Haftbefehl aufgenommen, weil der Gerichtsherr schon damals die Kolossalfahrt für ausreichend hielt. Als neues Beweismittel kam aber ferner noch hinzu, daß alle Personen der betreffenden Kompagnie neu vernommen werden sollten. Wenn über eine That zehn Personen Auskunft geben können und erst zwei Personen vernommen sind, sind dann die noch nicht vernommenen acht Personen nicht als neues Beweismaterial anzusehen. (Sehr richtig! rechts. Rufe links: Nein. Große Lärme.) Die Frage ist noch, ob sich der Gerichtsherr durch den Haftbefehl der Freiheitsberaubung schuldig gemacht hat. Der Verteidiger in dem Prozeß, Rechtsanwalt Horn, der eine so — sagen wir einmal — großartige Rolle in demselben gespielt hat — (Große Lärme links! Zuruf: Gemeinheit!) hat dem Gerichtsherrn zweiter Instanz angeordnet, ihn wegen vorläufiger Freiheitsberaubung anzuhängen. Die Anzeige ist erfolgt, aber nicht als berechtigt anerkannt. — Auf das Verfahren selbst will ich mit keinem Wort eingehen. Ob die Anklage gegen den Offizier mit recht vorhanden hat, darüber enthalte ich mich jeden Urtheils, obgleich ich die Akten genau kenne. Das Reichsmilitärgericht hat nicht den Ausschluß der Öffentlichkeit an sich getabelt, sondern der Revisionsgrund war die unzulässige Begründung des Ausschusses der Öffentlichkeit. Mit der Be-

Schwerde, Militärjuristen tragen falsche Anschuldigungen in das Gesetz hinein, schneidet sich Herr Lenzmann in das eigene Fleisch, denn diese Militärjuristen waren bis vor kurzem Ziviljuristen. Meinen Sie, daß die Ziviljuristen in dem Augenblick, wo sie zu Kriegsgerichtsräten ernannt werden, ihre Natur verändern? (Heiterkeit.) Herr Lenzmann hat den Hofbefehl einen flagranten Rechtsbruch genannt. Mit diesem Angriff ist Herr Lenzmann weit über das berechtigte Ziel hinausgegangen. (Deff. Oho links.) Allerblugs sind aus Versehen einige Briefe geöffnet worden, damit hat aber der Gerichtsherr zweiter Instanz nichts zu thun gehabt. — Damit glaube ich die speziellen Punkte erledigt zu haben. Zum Schluß möchte ich betonen, daß die Militärverwaltung auf keinem Gebiete auch nicht auf dem der Militärstrafgerichtsordnung, die Öffentlichkeit zu scheuen hat. Die Militärstrafgerichte lassen sich niemals von Rücksichten nach oben, sondern stets nur von dem Gewissen als oberste Richtschnur leiten. (Bravo: rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus.  
Lenzmann (persönlich): Mein Bedauern darüber, daß es eine Zeit gegeben hat, wo ich den Geh. Rath Komen für einen ausgezeichneten Kommentator gehalten habe, ist durch die oben gehörte Rede noch größer geworden. (Stürmische Heiterkeit.)  
Geh. Kriegs Rath Komen: Meinem Grundsatze, niemals persönlich zu werden, werde ich auch jetzt trenn bleiben und auch dies ruhig hinnehmen. (Stürmisches Lachen links.)  
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.  
Tagesordnung: (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Oeffnung der Grenzen für ausländisches Vieh ist bekanntlich vor einiger Zeit von der sächsischen Regierung im Bundesrath angefragt worden. Als ein erster Schritt zur Ausfuhr dieser Anfrage ist die Aufhebung des Verbots der Einfuhr lebenden Rindviehs aus Galizien nach dem Regierungsbezirk Oppereln zu betrachten. Dieses Einfuhrverbot bestand seit dem 1. Oktober 1895. Seine Aufhebung wurde am Dienstag im „Reichsanz.“ amtlich verkündet. — Offenbar wird auch bald die dänische Grenze wieder geöffnet.

Die Zolltariffkommission des Reichstages wählte Dienstag einstimmig den konservativen Abg. Kettich zu ihrem Vorsitzenden. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde gegen die Stimmen der Linken ein Antrag Camp angenommen, wonach der Antrag Gotthein, betreffend eine landwirtschaftliche Enquete, erst nach Beendigung der ersten Lesung beraten werden soll. Stadthagen und Bebel beantragten darauf, sofort den Theil der Untersuchung des wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich auf die Lage der Landwirtschaft bezieht, vorzulegen. In der darüber entstehenden Debatte suchte der Vorsitzende Kettich die Redner der Linken wiederholt zu unterbrechen. Die Mehrheit schloß mit 20 gegen 8 Stimmen die Debatte und lehnte den Antrag Bebel-Stadthagen ab, worauf die weitere Beratung auf Mittwoch verlagert wurde. — Unsere Parteigenossen haben in der Kommission den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, der Kommission eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Erntestatistik angeführten Fruchtarten sich auf die einzelnen Größtenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Veranschlagung in Anwendung gebrachten Klassen — vertheilen. Ferner ging der Kommission ein Antrag Fischel-Gothheim zu, wonach die Bestimmungen des Tarifgesetzes, betr. die Getreidemiminalzölle, zu streichen und im Zolltariff statt der erhöhten Sätze der Vorlage, die Sätze des gegenwärtig geltenden allgemeinen Tarifs beizubehalten sind.

In preussischen Abgeordnetenhaus wurden am Montag bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Justizgesetzes zwei besonders wichtige Gegenstände in der Verhandlung eingehend besprochen. Der freisinnige Abgeordnete Träger stellte den Justizminister wegen des im Reichsanzeiger schon zur Sprache gebrachten Entschlusses zur Rede, den er im Verein mit dem preussischen Minister des Innern über die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen Arbeiter-Organisationen an die Staatsanwaltschaften gerichtet haben soll. Der Justizminister gab ausführliche Antwort. Der Erlaß an die Staatsanwaltschaften ist danach vom Justizminister allein ausgegangen, nicht im Verein mit dem Minister des Innern. Aber der Erlaß des Justizministers enthält thatsächlich eine erweiterte Auslegung des Erpressungsparagraphen. Herr Schönbach bestritt dies zwar in gewundenen Worten, und er bekam von dem nationalliberalen Abg. Dr. Friedberg und dem konservativen Abg. von Köhler recht, das beweist indessen noch nichts für die Unrichtigkeit der im Reichsanzeiger ausgesprochenen Ansichten. Die zweite wichtige Diskussion knüpfte an die bekannte Afsäre des Staatsanwaltschaftsrathes Gung an, die von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Barth zur Sprache gebracht wurde. Herr Barth erklärte, daß dieser das Duell verherrlichende Gesetzeswörter nach seiner Ansicht sein Amt als Staatsanwalt verwirkt habe und daß die sogenannte Strafverweisung nach Hagen als ungenügende Korrektur angesehen werden müsse. Der Minister suchte die von ihm verhängte Strafe zu rechtfertigen. Er verlas nach den eigenen Angaben des Gung eine wilde Lesart der Duellstrafung, die sich aber im Hauptpunkte wörtlich mit der von Herrn Barth vorgelegenen Lesart deckte. Dem Minister wurde von der Rechten und dem Nationalliberalen lebhafte Beifall gesendet. Herr Krause, der nationalliberale Vizepräsident, sprach ihm noch besonders sein volles Einverständnis aus. Das Centrum schwieg, und nur der freisinnige Abg. Träger kam auf den schöngeistigen Rechtfertigungsversuch mit Anerkennungswürdigem Freimuth zurück.

Der Hagende Normann - Schumann. Der Allerschwerste „Kantier“ Normann - Schumann in Luzern hat nun in der That die angebotene Privatlage eingeleitet, und zwar gegen den Gesessenen Bebel und den Redaktor des „Vorwärts“, Gesessenen Leis. Der Mann hat sich beleidigt durch jene Erörterungen, die Bebel am 12. November v. J. über den Polizei-Agenten zum Besten gab. Er will den Beweis der Wahrheit geführt sehen z. B. darüber, daß er in Diensten der preussischen Polizei die ausländische Presse mit Majestätsbeleidigungen versorgte. Unsere Gesessenen hatten natürlich mit Spannung des großen Angebildeten, wo sie dem Hagenden Epistel an Gerichtsstelle gegenübersetzten. Ober wird er sich damit begnügen, aus der Ferne dem Spektakel zuzusehen?

Der Konflikt in Sachsen. Während das Stadterwählungs-Kollegium seinen Vorsitzenden, den Ministerpräsidenten

Rechtsanwalt Dr. Stöckel (R.) dieser Tage für seine Haltung im Landtage eine Ovation bereite, halten sich die Minister noch immer den Sitzungen der Zweiten Kammer vollständig fern, was außerordentlich auffällt. Die Stimmung ist also trotz aller Versöhnungsversuche und trotz der Versicherung, daß die Ausgleichsformel schon gefunden sei, hüben wie drüben keine freundliche. Und das darf nicht Wunder nehmen, lehnen doch die Minister, die der König, wie man erfährt, erneut seines „allerhöchsten vollen Vertrauens versichert“ hat, in der bekannten Verfassungsfrage mit Ansichten, die denen der Kammer im Prinzip diametral entgegenstehen, zurück. Gerüchweise verlautet, der neue Finanzminister habe dem König die Zurückziehung der Vermögenssteuervorlage vorgeschlagen, da dieselbe in der Ersten Kammer kaum auf Annahme zu rechnen hat. Dann aber wäre das gesammte große Steuerreformwerk auf das schwerste gefährdet. Die Lage ist so verfahren, wie nur irgend möglich. Daher Unlust bei der Kammer, Unlust bei der Regierung. — Nach einer Meldung der „Chemnitzer Allg. Ztg.“ verlautet mit Bestimmtheit, daß für den Posten des Justizministers in erster Linie der Senatspräsident in Leipzig, Dr. Freyleben, in Betracht komme.

Eine auffallende Mittheilung, die zu der Amerikafahrt des Prinzen Heinrich in Beziehung steht, taucht in der amerikanischen Presse auf. Während der Blockade der Manila durch die Amerikaner kam es zu Zwistigkeiten zwischen Dewey und dem dort stationirten deutschen Admiral Diederich. Nun bringt der „Newyorker Herald“ vom 14. Februar folgende Depesche aus Washington: „Wie wir hören, hat Admiral Dewey, der sich gegenwärtig in Florida befindet, einen Brief vom Prinzen Heinrich erhalten, der ihm die besten Grüße ausdrückt. Er (Prinz Heinrich) sagt weiter, die Deutschen haben während der Blockade Manilas einen Fehler begangen und Deweys Handlung sei richtig und zum Besten Aller gewesen. — Admiral Dewey glaubt, der Brief sei sowohl für das amerikanische Volk wie für ihn persönlich bestimmt. Der Admiral wird einige Vertreter zum Empfang des Prinzen nach Newyork schicken, da der Gesundheitszustand von Mrs. Dewey es ihm nicht gestattet, nach Newyork zu fahren. — Ob der Brief des Prinzen Heinrich wirklich existirt und richtig wiedergegeben ist, wird erst nach weiterer Feststellungen bedürfen. Wir glauben aber, die Mittheilung nicht unbedrückt zu dürfen, da sie jedenfalls noch zu weiteren Erörterungen Anlaß geben wird.“

Seine politische Nachrichten. Zur Reichstagswahl in Breslau. West berichtet die „Bresl. Ztg.“, daß die am Mittwoch zur öffentlichen Auslegung gelangenden Wählerlisten 44942 Wahlberechtigte aufweisen, gegen 41997 bei der Hauptwahl im Jahre 1898. — Der Befähigungsnachweis für das Handwerk besteht in Oesterreich. Die Düsseldorf Handwerkerkammer hat zum Studium der österreichischen Verhältnisse Mitglieder nach Oesterreich entsandt. Diese aber haben in ihrem Studienbericht der Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß die Art des Befähigungsnachweises, wie er in Oesterreich eingeführt ist, das Handwerk weder in wirtschaftlicher noch ethischer Hinsicht gefördert habe. — Es wird weiter hinhinfort. Der Widerstand polnischer Kinder gegen den deutschen Religionsunterricht wird fortgesetzt. Wie der „Kurier“ meldet, wurden in Ost 24 Kinder der katholischen Schule zu mehrwöchiger Arrest verurtheilt, weil sie ihre Aufgaben in dem jetzt heftig entfallenden Religionsunterricht nicht gelernt hatten. Wenn die Arreststrafe nur ohne Wirkung bleibt, wie zu erwarten steht? Dann kann das Prügeln wieder losgehen, das im Reichener Fall so ichöne Frucht getragen hat. — Graf Bücker war am 9. November vom Landgericht in Berlin wegen Aufreizung zu Gewaltthaten zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Das Reichsgericht hat am Dienstag seine Revision verworfen. — Dem braunschweigischen Landtag ging eine Vorlage zu, wonach die Gehälter der Lehrer an den Landgemeinden auf 1200 bis 2600 Mark, an der städtischen Wohnung, erhöht werden. — Die sämtlichen in dem Kaiserlichen Prozeß verurtheilten Anführer der Arbeiter-Trojanungs-Aktionen haben nach der „Klein- und Mittelmittel-Zeitung“ ihre Haftentlassung beantragt und Revision eingelegt. Der in Paris verhaftete Direktor der Trojantrojanungs-Gesellschaft, Schmidt, wurde in der Nacht zum Dienstag in Anwesenheit des deutschen Grenzbeobachters ausgeliefert. Von Anwalt wurde Schmidt nach Göttingen gebracht und in dortigen Gefängnis internirt. Befehlshaber des Berges hat bereits Polizeibeamte von Kassel nach Göttingen abgeseht. — Die zweite heilige Kammer trat Dienstag wieder zusammen und nahm den Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Dänemark bezüglich der Ausdehnung der heiligen Landeslotterie auf Dänemark mit großer Majorität an, ferner die Regierungsvorlage betr. die Regentenschaft. — Bei der Erziehung zum dänischen Fiskal im Bezirk des vormaligen ehemaligen Fiskal-Vorstandes Högberg wurde Ministerpräsident Deuninger gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden. — Der Senat der Vereinigten Staaten hat den Vertrag, durch welchen Dänisch Westindien an die Vereinigten Staaten abgetreten wird, unverändert angenommen. Das Haus der Repräsentanten nahm einstimmig eine Bill an, durch welche die zur Zeit des Krieges mit Spanien eingeführten Einkommensteuern wieder abgeschafft werden.

### Oesterreich-Ungarn.

Das Blutbad von Triest im österreichischen Abgeordnetenhaus. Am Dienstag brachte die Regierung im Abgeordnetenhaus die Verfügungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes in Triest ein, wie es die Verfassung erfordert. Ministerpräsident v. Koerber begründete sie mit deutlichem Hinweis auf das angeblich anarchische Element, das sich in der Bewegung bemerkbar gemacht habe. Mit Genugthuung konstatierte er, daß die Arbeiter bei den Exzessen nicht betheiligte waren. Der Minister vertheidigte im Verlauf seiner Rede dann die Behörden, lobte den Takt der Polizei und vertheidigte die Maßregel der Zurückziehung des Militärs. Er protestirte dagegen, daß dieses des Todes beschuldigete werde, statt für seine schwere Pflichterfüllung Dank zu erhalten. Der Minister erklärte ferner, die Polizei habe die freiwillige Anstreckung schwarzer Fahnen nicht verhängt. Die Ausnahmeverfügung sei keine politische Maßregel, sie werde aufgehoben werden in der Stunde, wo die Sicherheit der Person und des Eigenthums garantiert ist. Schwäche dürfe nicht zu den Grundlagen des Staates gehören. Hätten die Behörden Schwäche gezeigt, so wären hunderttausend Bürger schuldlos zusammengetreten und hätten preisgegeben gewesen. Abg. Katherin beantragte sofortige Beseitigung der ersten Lesung der Regierungsvorlage. Die Sozialdemokraten Ellenbogen und Berner-

storfer brachten darauf einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Amtsenthebung des Statthalters Grafen Göß und die Aufhebung des Ausnahmezustandes forderte. Ellenbogen (SD.) erklärte, die Regierung habe für den Lloyd Partei ergriffen. Das Militär habe provoziert. Er gab eine Darstellung des Sachverhalts, die von den amtlichen Berichten bedeutend abwich. Der Oberleutnant Köppl habe einer Frau mit dem Säbel die Brust weggeschnitten. (Rufe: Barbarei!) Als ihm ein Stein die Kappe vom Kopf warf, ohne ihn zu verwunden, habe er kommandirt: Schnellfeuer. (Entzündungsbrufe.) Zwei harmlose Arbeiter seien von Militärvon zwei Seiten angegriffen und niedergeschossen worden. Das ist Mord, Herr Ministerpräsident! (Rufe: Mord, Mord!) Ein Marineoffizier, der der Szene beizuohnte, habe seine Entziehung über das Vorgehen der Soldaten geäußert. Redner zeigte einen blutgetränkten Hut vor, der von dem Exzessen herrührt und rief dem Ministerpräsidenten zu: Das ist ihre Siegestrophäe! Er griff sodann den Statthalter Göß an, der Verbreden auf Verbreden gehäuft habe. Darauf ergriff Ministerpräsident v. Koerber nochmals das Wort, um die Angriffe Ellenbogens zurückzuweisen. Die Anwendung von außerordentlichen Mitteln komme als politischer Machtbefehl gar nicht in Betracht. Es sei nur ein Mittel äußerster Nothwehr gewesen, um der Anarchie ein entschiedenes Ende zu bereiten. (Widerpruch und Lärm bei den Sozialisten.) Wenn die öffentliche Ordnung in so frivoler Weise angegriffen werde (Lärm bei den Sozialisten), so dürfe sich Niemand darüber wundern. Wenn das Standrecht an die Stelle der Grundrechte trete, so treffe die Verantwortung dafür nicht die Regierung, welche für Ruhe und Ordnung Sorge, trotz jener Elemente, welche die Fackel des Aufruhrs in die Massen geworfen haben. (Beifall und Widerpruch.) Graf Göß habe voll und ganz seine Pflicht gethan. Es sprachen dann noch die Italiener Fortis und Bartoli, sowie der tschechisch-rabikale Jazvorka gegen den Ausnahmezustand, worauf die Dringlichkeit des Antrages Ellenbogen mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Italiener, Alldeutschen und Tschechen abgelehnt wurde. Der Antrag auf Zuweisung der Verordnung an einen Ausschuß mit dem Auftrage, in acht Tagen Bericht zu erstatten, wurde dagegen einstimmig angenommen. („Frf. Ztg.“)

Die jetzige Lage in Triest wird als andauernd normal geschildert. Es sind zahlreiche Verhaftungen vollzogen worden, unter anderen hat man den bekannten Anarchisten Josef Kovigo, den Chefredakteur des Arbeiterblattes „Laboratore“ Anton Cech, und ein Mitglied des Schiedsgerichts Biteni eingesperrt, dagegen konnten weder der Attentäter, welcher auf einen Major schöß, noch der Mörder des Sicherheitswachmanns Michels ermittelt werden. In der Antoniuskirche, bei welcher Sonnabend der Kampf stattfand, stecken achtzehn Geschosse. Festgestellt sind 42 Verwundungen, darunter viele schwere, es dürften aber mehr sein, denn viele werden in der Wohnung gepflegt, um den Behörden nicht in die Hände zu fallen. Drei Kriegsschiffe sind zum Schutze des Arsenal in der Bucht von Muggia eingelaufen.

### Schweiz.

Steigerung der Brod- und Fleischpreise in der Schweiz. Daß ein Polizeidirektor auch noch anderes thun kann, als auf die Bevormundung des Volkes bedacht zu sein, hat der St. Galler Polizeidirektor Zuppinger schon wiederholt durch sozialstatistische Untersuchungen bewiesen. Neuerdings hat er eine Untersuchung über die Fleisch- und Brodpreise im Kanton St. Gallen und einer Reihe von Gemeinden in der Schweiz seit 1893 vorgenommen. Darnach sind die Fleischpreise von 1893 bis 1900 in einem solchen Maße gestiegen, daß die Konumenten der Schweiz in diesen 7 Jahren 35,56 Millionen Franken mehr für Fleisch ausgeben mußten, als sie nach den Fleischpreisen von 1893 auszugeben gehabt hätten. Er kommt daher zu dem Schlusse, daß die Fleischpreise (Rindfleisch 85 bis 90 Cts., Schweinefleisch 1 Fr. und darüber, Kalbfleisch 1,10 Fr. pr. Pfund) eine Höhe erreicht haben, deren Ueberschreitung eine Gefahr für die Volksernährung bedeuten würde, welche Gefahr aber schon heute besteht; ebenso seien die Brodpreise auf dem Kulminationsspunkte angelangt. Die Brodpreise stiegen von 1895 bis 1900 um 13 1/2 Cts. im Durchschnitt für das 5pfündige Mittelbrod, welche Brodsorte die Masse des arbeitenden Volkes konsumirt; in manchen Gemeinden beträgt die Brodpreissteigerung 14, 15, 16, bis 17 Cts. Für den Kanton St. Gallen mit seinen 251,138 Einwohnern berechnet Herr Zuppinger eine Belastung der Konumenten durch die Brodpreissteigerung auf 1,223,731 Fr., per Kopf auf rund 5 Fr. und für eine fünföpfige Familie auf 25 Fr.! Die verdienstvolle Arbeit kommt gerade zu rechter Zeit als ein Dämpfer auf die hochgeschraubten Illusionen der Agrarier, die mit ihrer Begehrlichkeit hinter ihren junterlichen Wachstgenossen in Deutschland nicht zurückbleiben möchten.

In seiner Denkschrift zum Zolltariffentwurf führt der Schweizer Bundesrath aus: Ein Minimaltarif habe er nicht aufgestellt, weil unter Umständen bei den Vertragsverhandlungen selbst ein Minimaltarif würde ermöglicht werden müssen. Einen großen Theil der bisherigen Zollsätze habe der Bundesrath erhöhen müssen wegen der fortwährenden Erhöhung der ausländischen Zölle. Die Bundesversammlung solle nicht übersehen, daß die Ansätze des neuen Zolltarifs nicht zur unmittelbaren Anwendung bestimmt seien, sondern zunächst zu Unterhandlungszwecken dienen sollten und daher in vielen Punkten etwas erhöht werden mußten. Von einer vollständigen Darlegung aller Verhältnisse und ebenso auch von der Begründung jeder einzelnen Aenderung hat der Bundesrath Abstand genommen mit Rücksicht auf die Handelsvertrags-Unterhandlungen.

### Holland.

Nix zu handeln. Der amerikanische Gesandte im Haag ermächtigte den Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ zu der Erklärung, daß er auf keine Weise die holländische Regierung über den event. Verkauf ost- oder westindischer Besitzungen sondirt habe. Die bezügliche Meldung der „Birmingham Post“ sei vollkommen aus der Luft gegriffen.

### Italien.

Es freit. Im Ministerium Zanardelli-Giolitti ist der „Frankf. Ztg.“ zufolge, eine Theilnahme ausgedrückt, da

einige Minister gegen die Ermäßigung des Salzpreises sind, die für die Massen doch keine Erleichterung bedeute, hingegen das Budget schädige. Der Bauminister Stufstrat zurück, weil er in der Eisenbahnfrage mit dem Schatzminister uneins und zugleich auch gegen die geplante Ehecheidung ist. Der Ministerrath sucht den Miß zu flicken.

**Militär-Korruption in Neapel.** Der Kriegsminister hat jetzt den Bericht der militärischen Untersuchungskommission erhalten. Danach beträgt die Zahl der jungen Leute, welche durch Bestechungen der Militärärzte und Offiziere sich widerrechtlich vom Dienst befreit haben, 104; 3 davon sind todt, 59 sind verhaftet, und die anderen sind nicht auffindbar gewesen.

**Spanien.**

In Barcelona, wo bekanntlich 40 000 Arbeiter im Auslande stehen, gab es Montag blutige Szenen. Die heftigste romanische Bevölkerung beantwortete das brutale Vorgehen der Gendarmerie mit Steinwürfen, worauf ein Gendarm schoß und einen jungen Mann tödtete. Auch die Truppen, die die Stadt besetzt halten, hatten Zusammenstöße mit Streikenden. Der Generalkapitän rief die Arbeitgeber der Metallindustrie zu sich und rief ihnen, den Arbeitern den Neunstundentag zu bewilligen.

**Türkei.**

Der bekannte Marschall Fuad Pascha wurde, wie man dem „B. Z.“ aus Konstantinopel drahtet, in die Provinz verbannt, weil er zwei seine Wohnung überwachende Polizeiaagenten niedergeschossen hatte. Schon recht oft hatte er die Geheimpolizisten gewarnt, ihn oder sein Haus zu überwachen, und gedroht, eines Tages ein Exempel zu statuieren. Obgleich sein exzentrischer Charakter bekannt ist, glaubte man an die Ausführung nicht. Der Sultan entschloß sich nur schwer, den Marschall zu verbannen, der sehr einflußreich ist und in der Armee einen großen Anhang besitzt. Die Erwägung, daß andere überwachende Personen ähnlich handeln könnten, besiegte schließlich die Bedenken. Als Verbannungsort wird Damaskus angegeben. Das Exil dürfte jedoch kaum lange währen, da der russische Botschafter Sinowjew Namens des Zaren schon den Sultan gebeten hat, den berühmten General zu begnadigen. England wird sich dem Schritt anschließen. Die Antwort des Sultans steht noch aus.

**Transvaal.**

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Nach Kitcheners letztem Wochenrapport sind in der letzten Woche 17 Buren gefangen, 5 verwundet und 107 gefangen genommen, während sich 138 ergaben. Das mittlere Gebiet der Kapkolonie ist vom Feinde frei. Piet Wessels Kommando nach Westen zurückgetrieben, überschritt die Hauptbahnlinie nahe Victoria-West in nordöstlicher Richtung in kleinen Abtheilungen. Die aufgelösten Burenkommandos sind schwer zu fassen. Oberst Ramsfison drängte die ihm gegenüberstehenden Burenabtheilungen in östlicher Richtung von Zuyersbosch ab. Am 12. Februar ist mit anderen Buren auch der Feldbarnet vertheilt bei dem Zusammenstoß mit der britischen Infanterie gefallen. Spens nahm südlich von Amsterdams 12 Buren gefangen; 19 ergaben sich. — Das Gesamtresultat der vereinigten Operationen der englischen Truppen bei dem letzten großen Keilstricken ist, nach einer Neuter-Meldung, folgendes: 300 Buren gefangen, 25 verwundet und 15 getödtet. Unter den Gefangenen befindet sich Kommandant Vester, der bereits inzwischen in Heilbronn sein Wunden erlegen ist.

**Übeld und Nachbargebiete.**

Mittwoch, den 19. Februar.

**Achtung, Müller!** Ueber die St. Jürgen-Dampfmühle, Rahburger Allee 106, ist seitens der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Müller die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

**Die neuesten Ergebnisse der elektrischen Forschung** wird der Privatgelehrte H. Wempe aus Oldenburg am 3. und 4. März in zwei vom hiesigen sozialdemokratischen Verein veranstalteten Vortragsabenden erläutern. Der Ruf des Vortragenden, der eine hervorragende Kraft auf dem Gebiete der Elektrotechnik ist, bürgt dafür, daß jedem Besucher der Vortragsabende, trotz der Schwierigkeit der Materie, Gelegenheit geboten wird, einmal das Neueste auf diesem Gebiete in gemeinverständlicher Weise dargestellt zu sehen. Da sei z. B. nur an die Telegraphie ohne Draht erinnert, die noch in allerneuester Zeit so berechtigtes Aufsehen erregt hat, als der Telegraph und die Kunde von der Verbindung zwischen deutscher und östlicher Küste übermittelte. Ferner sei der Darstellung der Röntgenstrahlen, ihrer geschichtlichen Entwicklung und Anwendung gedacht. Kurz, das uns gebotene Programm ist geeignet, den Hörer einzuleiten in die Fortschritte der Elektrotechnik. Wer also einmal einige Stunden der Belehrung und Aufklärung weihen will, der versäume nicht den Besuch dieser Abende. Der Preis ist für jeden Abend auf nur 20 Pf. festgesetzt, so daß es Jedem ermöglicht wird, an denselben theilzunehmen. Nicht unerwähnt lassen wollen wir, daß der Vortragende trotz seiner vielfachen Vorstellungen in Hamburg dort stets ein gern gesehener Vortragender ist, dessen Vortragsabende sich ohne Ausnahme eines äußerst zahlreichen Besuches zu erfreuen haben. Hoffen wir, daß auch die Lübecker Bevölkerung durch rege Theilnahme an den beiden Abenden beweist, daß sie reges Interesse hat an der Darstellung der Fortschritte auf dem von uns gekennzeichneten Gebiete.

**Der Verein „Öffentliche Lesehalle“** hielt Sonntag seine General-Versammlung ab. Dieselbe ertheilte dem Kassirer, Herrn Max Schmidt, Entlastung und wählte an Stelle des aus dem Vorstande ausgetretenen Dr. Heddinga Konrad Scharf in denselben. Dem Jahresbericht pro 1901 entnehmen wir, daß die Vermehrung der Bibliothek infolge nangelnder Geldmittel nicht in wünschenswerther Weise vorgenommen werden konnte. Die Zahl der Bücher stieg von 3628 im Jahre 1900 auf 3780. Die Zahl der in der Lesehalle ausliegenden politischen Zeitungen und Zeitschriften vermehrte sich von 177 auf 180. Im Jahre 1901 wurden 14 411 Bände entliehen gegen 11 091 im Jahre 1900 und 4934 im Jahre 1897. Benutzt wurde die Bibliothek von 1276 Personen, von denen im Laufe des Jahres 352 Personen wieder ausliefen. Die Leser vertheilen sich nach ihren Berufsarten wie folgt: 360 Handwerker, 431 Kauf-

leute und Beamte, 59 Arbeiter, 246 Frauen und Mädchen und 180 Schüler. Die Zahl der Besucher stieg von 14 699 im Jahre 1900 auf 17 961 im Jahre 1901. Die Hauptzahl der Besucher hatte der Monat Oktober mit 2289 Personen aufzuweisen. Infolge des starken Besuches der Lesehalle in den letzten 3 Monaten des Vorjahres hat der Vorstand im Vorderhause Mengstraße 10 drei weitere Räume gemietet, in denen die Bibliothek untergebracht werden und die Bücherausgabe erfolgen soll. Daburch werden 24 Sitzplätze für die Lesehalle gewonnen. Die Zahl der Vereinsmitglieder sank von 291 auf 263 Mitglieder; die Einnahmen betrugen 2997,57 Mk., die Ausgaben 3357,91 Mk. Mit Freuden ist zu konstatieren, daß sich die Frequenz der Lesehalle besonders in der letzten Zeit, wesentlich gehoben hat. Hoffentlich wird sich die Besucherzahl auch aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung für die Folge stetig vermehren, damit auch in diesem Jahre eine wesentliche Zunahme konstatirt werden kann.

**Der Druckfehlerntel** hat der hiesigen Zahlstelle der Zimmerei einen bösen Streich gespielt, der ihm nimmer vergeben werden wird. Er hat nämlich in dem in letzter Nummer veröffentlichten Jahresbericht die Zahl der an der Arbeitslosenzählung beteiligten Organisirten auf 780 angegeben, während in Wirklichkeit nur 280 sind. — Uebrigens scheint über diesem Jahresbericht ein böser Stern zu walten. Infolge eines Verfehlers ist nämlich die Zahl der Mitglieder im Bericht als gesunken angegeben, während dieselbe in Wirklichkeit von 282 auf 306 gestiegen ist. Es ist also nicht eine Abnahme, sondern eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Hoffen wir, daß beim nächsten Jahresbericht, trotz dieses Mißgeschicks, ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist.

**Öffentliche Schulprüfungen.** Die diesjährige Osterprüfung wird abgehalten werden an der 3. St. Lorenz-Knabenschule am 10. März, 5. St. Lorenz-Mädchenschule am 11. März, 4. St. Lorenz-Mädchenschule am 13. März, Berend Schröder'schen Schule am 14. März, Bezirkschule zu Krempelesdorf am 17. März, St. Gertrud Mädchenschule am 18. März, 1. Mädchen-Mittelschule am 19. März, Domknabenschule am 20. März, Bezirksschule zu Bornwerf am 21. März. Die Prüfung beginnt an allen Schulen um 2 Uhr Nachmittags.

**Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Freunde W. berichter Majst werden auf die Donnerstag stattfindende „Freischütz“ Aufführung besonders aufmerksam gemacht. Sonntagabend absolvirt Fräulein Annie Lang vom Stadttheater in Bremen ein einmaliges Gastspiel als Porzia im „Kaufmann von Venedig“.

**Eine blutige Schlägerei** entspann sich Dienstag Abend in einer Herberge der Depenau zwischen 4 Fremden und dem Wize. Als letzterer von einem Spaziergang heimkehrte, verwies er einen in Fremdenanzug anwesenden Mann zur Ordnung. Hierüber erobert, verfechtete letzterer dem Wize eine schallende Ohrfeige, die den Anlaß zu der Schlägerei bot. Der Wize, der von den Vierern arg zugerichtet worden war, mußte sich ins Krankenhaus begeben, während die 4 Fremden verhaftet wurden. — Der Polizeibericht meldet hierüber folgendes: In der Herberge in der Depenau entspann sich gestern Nachmittag zwischen den dort verkehrenden Fremden eine wüste Schlägerei, die dahin ausartete, daß ein Theilnehmer dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden mußte, während vier Mann wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung festgenommen und dem Marienstiftgefängnis übergeben wurden.

**pb. Ein Bestohlenen gesucht.** Ein in Altona festgenommener, gefährlicher Einbrecher hat eingestanden, im Verein mit einem Frauenzimmer in Lübeck einen Einbruch in ein Weißwaarengeschäft verübt zu haben. Es sollen den Thätern 15 bis 18 Mark Geld aus der Ladentasse, sowie Wäsche und Vorhänden in die Hände gefallen sein. Da hier von einem derartigen Diebstahl nichts bekannt ist, so bittet das Polizeiamt um baldige Mittheilung seitens des Bestohlenen.

**pb. Der Mensch verführe sein Leben!** Ein hiesiger Kutcher brachte zur Anzeige, daß ihm gestern Abend zwischen 6 und 7 1/2 Uhr vor dem Holstenthor eine Dose und zwei Dosen mit Bonbons im Werthe von 7 Mark vom Wagen gestohlen seien.

**pb. Wem gehört der Anzug?** Bei einem wegen Bettelns festgenommenen auswärtigen Arbeiter wurde ein Pfandschein vorgefunden über einen hier verfechten Jacketanzug — grüner Stoff mit braunem Futter — welcher vermuthlich gestohlen ist. Der etwa Bestohlene wolle sich baldigst bei dem Polizeiamt melden.

**pb. Festgenommenen** wurden am gestrigen Tage fünf Personen wegen Bettelns.

**Das Konkursverfahren** ist über das Vermögen des Kaufmanns H. F. G. Weerh verhängt worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Fehling. Konkursforderungen sind bis zum 8. März beim hiesigen Amtsgericht anzumelden.

**Cutin.** Ein Vortragsabend, abgehalten von Herrn Richard Laube aus Leipzig, fand am Montag Abend im „Gasthaus zum deutschen Hause“ statt. Der Abend hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen und dankten die Zuhörer dem Vortragenden für seine ausgezeichneten Darstellungen durch lebhaften Beifall.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Das letzte Opfer der Klassenjustiz verläßt am heutigen Mittwoch das Gefängnis in Gluckstadt, in dem es 2 Jahre 14 Tage verbüßt hat. Es handelt sich um den Genossen Tiedemann-Wilster, der wegen „Mißhandlung Arbeitswilliger“ zu der hohen Strafe verurtheilt worden war, trotzdem Verletzungen der Mißhandelten nicht vorgekommen waren. Eine so empfindliche Strafe für diese geringfügigen Vergehen ist nur möglich im Lande und in der Aera der Zuchthausvorlage. Dem hart Betroffenen steht deshalb die Sympathie der klaffenbewußten Arbeiterschaft zur Seite. — Die Woddebaggerer in Hamburg beabsichtigen, demnächst in eine Lohnbewegung einzutreten. — Eine von über 400 arbeitslosen Metall- und Werkstarbeitern besuchte Versammlung, welche Dienstag in Hamburg tagte, forderte vom Staate Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Vinderung der Noth. — Auf Tecklenborgs Werk in Gremmünde drohte, nach der „Norddeutschen Volksstimme“, in den letzten Tagen ein ähnlicher Konflikt, wie er im vorigen Winter auf der Seebeck'schen Werk zu der brutalen Aussperrung der Maschinenbauer führte. Die Werkleitung plante, den Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit auf 6 1/2 Uhr Abends zu verlegen, ohne für die

letzte halbe Stunde Ueberstundenzuschlag zu zahlen. Da die Arbeiter sich aber in ihrer Mehrzahl dagegen erklärten, machte die Werkleitung schließlich bekannt, daß sie von ihrer Absicht zurückgekommen sei. Jedenfalls ist dieser Ausgang für beide Theile das Beste.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Die Zahl der Opfer des großen Sees in Schwerin ist um eines vermehrt worden. Ein junger Mann, der gerettet wurde, ist Montag Nacht an den Folgen der Erhaltung verstorben. — In Tessin erkrank in der Stechlin der 7 jährige Brandt, der sich mit seinem Bruder auf dem Eise mit einem Schlitten vergnügte. Hierbei brachen beide ein, der Bruder konnte jedoch gerettet werden. — Infolge Verwechslung ergriff in Jöhoe ein Arbeiter anstatt einer Bierflasche eine Flasche mit Salzsäure. Er trank hiervon und starb nach kurzer Zeit unter entsetzlichen Qualen. — Durch Kohlenoxydgas vergiftet aufgefunden wurde in Neumünster in der Nacht zum Dienstag eine Dame, welche in Begleitung eines Herrn in einem Hotel abgestiegen war. Der Begleiter kam mit einer Betäubung davon. Man vermuthet einen Unglücksfall. — Die Hamburger Buchdruckerinnung hat sich gegen die Konkurrenz der Druckerei im Zentralgefängnis in Fuhsbüttel mit einer Eingabe an den Subgetaußschuß der Bürgerschaft genendet. Schon im Jahre 1892 hatte sich die Innung mit einer ähnlichen Beschwerde an den Senat gewendet, jedoch ohne Erfolg. — Der stadtbekanntes Hausmaler Krüger, Oberleutnant der Reserve in Hamburg, war wegen Sittensverbrechens verhaftet, jedoch nach einem Verhör wieder freigelassen worden. Kurz nach seiner Freilassung erhob er sich. Warum hat man denn diesen Schurken wieder aus der Haft entlassen? Weil er den „oberen“ Ständen angehörte? — Im Circus Kremser in Altona hat sich Sonntag ein Brandunglück ereignet. Der daselbst beschäftigte Feizer Hartmann wollte Schlacken aus dem glühenden Heizraum herausholen, und da ihm dies nicht sogleich gelang, goß er einen Eimer voll Wasser in den Heizraum, um die Schlacken abzukühlen. Durch die infolge dessen entweichenden heißen Dämpfe wurde Hartmann so schwer im Gesicht, am Hals und an den Armen verbrüht, daß er in lebensgefährlichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — In Fuhsbüttel bei Hamburg äscherte ein Großfeuer ein großes Bauernhaus in der Nacht zum Dienstag ein. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

**Hamburg. Moralische Ohrfeigen für die Hamburger Armenanstalt.** Ein ganz unerhörtes Verfahren der Armenanstalt, aufgewandte Armenunterstützung zurückzuerlangen, kam in einem Zivilprozeß zur Sprache, der kürzlich das Amts- und Landgericht beschäftigte. Im Jahre 1898 war die unverehelichte Johanna R. gestorben. Sie hinterließ ein kleines Baarvermögen und hatte mittelst Testaments ihren unehelichen Sohn, den Ewerführer Johann Wilhelm R., als Erben desselben eingesetzt. Das Testament enthielt jedoch eine Klausel. Das dem Erben zufallende Erbtheil sollte auf Testamentsnamen pupillarisch sicher begeben werden und den Zinsen sollte Alimenten- und Sondergutsqualität beigelegt werden. Durch diese Klausel waren die Zinsen, die das Erbtheil trug, der Pfandsbarkeit entzogen, so daß dem Erben der Zinsgenuss für alle Fälle gesichert war. Als Testamentsvollstrecker war der Küpermeister Strellmann bestellt worden. Am 1. Juli v. J. waren nun 60 Mark Zinsen fällig. Strellmann gab dem R. aber nur 10 Mark, während er den Rest von 50 Mark an die Allgemeine Armenanstalt gab. R. war nämlich im Laufe der Jahre mehrfach von der Armenanstalt unterstützt worden, und zwar beließen sich diese Unterstützungen auf insgesamt 1444,07 Mk. Die Armenanstalt wollte sich diese Gelder nach Möglichkeit wieder verschaffen. Und das machte sie auf folgende unerhörte Weise: Sie hatte sich von Strellmann die 50 Mark übergeben lassen, und ließ dann R., der gerade aus dem Krankenhaus entlassen und sehr bedürftig war, am 4. Juli zu sich auf's Bureau kommen. Dort legte ein Beamter mit den Worten: „Hier sind Ihre 50 Mk.“, das Geld auf den Tisch und forderte R. dann auf, an einem Nebentisch die bereitliegende Quittung zu unterschreiben. R. drehte sich sofort zur Quittung, unterschrieb diese und wollte nun seine 50 Mark einstreichen, mußte aber erleben, daß in demselben Moment ein „zufällig“ im Bureau anwesender Gerichtsvollzieher schon an den Tisch herantreten war und vor seinen überraschten Augen das Geld bis auf die letzte Reichsmark einsäckelte, indem er es für die Armenanstalt pfändete. Der solcher Gestalt schmählich hintergangene R. verklagte nunmehr den St. auf Zahlung von 50 Mk., welchem Antrage das Amtsgericht auch entsprach. In der Urtheilsbegründung hieß es, daß sich das Verfahren der Armenanstalt als eine Umgehung des Gesetzes darstelle. Gegen dieses Urtheil legte die Armenanstalt Berufung ein, dieselbe hatte jedoch das Resultat, daß auch das Landgericht in nicht mißzuverstehenden Worten der Kritik des Behagrens der Armenanstalt dem Kläger die 50 Mk. zusprach. Das Vorgehen der Armenanstalt wurde als Verletzung von Treue und Glauben gekennzeichnet. — Der Hamburger Armenanstalt aber ist zu empfehlen, daß sie sich das Urtheil an den Spiegel steck.

**Wilhelmshaven.** Die Gefahr des Entehens einer Malaria-Epidemie ist in Folge der großen Erdbewegungen, wie sie beim Bau der Trocken-docks und der neuen Hafeneinfahrt in Angriff genommen worden sind, in greifbare Nähe gerückt. Bereits in früheren Jahren ist eine solche Epidemie bei gleichen Anlässen aufgetreten. Es sind daher umfangreiche Schutzmaßregeln angeordnet worden. Um der Einschleppung von Malariakeimen von auswärtigen Malariaherden durch die Schiffe vorzubeugen, ist bestimmt worden, daß, wenn ein Schiff während der Monate März bis Oktober einzulassen beabsichtigt, alle im letzten Hafen malariakrank Gewesenen, die gegenwärtigen Malariakranken und die Verdächtigen vor Ausföhrung einer Blutuntersuchung nicht beurlaubt werden dürfen.

**Kiel.** Von der Museranstalt, auch „Kaiserliche Werk“ genannt. Nachdem sich die erste Entlastung über die berüchtigte Liste der „Fechen und Faulen“ etwas gelegt, fängt man an, die in dem Nachwort ausgesprochenen Drohungen wahrzumachen und die Borgemerken nach und nach zu entlassen. So sind im Report III bereits mehrere Arbeiter von diesem Schicksal betroffen worden, ohne daß man es für nöthig erachtet hätte, den Leuten über den Grund der über sie verhängten, besonders in der jetzigen Zeit schwer empfundenen Maßregel etwas anzugeben. Anderen wiederum sucht man auf andere Weise beizukommen.

So wurde einer der Gestempelten, der bereits seit längerer Zeit in der Kupferschmiede dieses Messorts beschäftigt war, vor kurzem eines schönen Tages plötzlich zum eigentlichen Schiffbau überweisen, was natürlich für ihn eine beträchtliche Einbuße am Verdienst bedeutet. Als er seinen Meister nach dem Grund der Ueberweisung fragte, erwiderte dieser, daß sei seine Sache; es wäre noch schöner, wenn die Werkverwaltung nicht das Recht besäße, einen Arbeiter zu kommandieren, wohin sie wolle. Der Betreffende, der auf der berühmtesten Liste als „Aufwiegler“ verzeichnet steht, wandte sich beschwerdeführend an den Baumeister. Dieser aber sagte dem Beschwerdeführer, er wüßte wohl, was für Schwestern in der Werkstätte vorgekommen seien. Alle Leute, die daran theilhaftig seien, müßten raus. Als der Arbeiter erwiderte, daß er ganz unschuldig sei an der Sache, meinte der Baumeister, daß wolle er ihm gern glauben, aber er könne ihm nicht helfen. Nicht eher könne er, der Baumeister, auf dieser Werkstätte Ordnung schaffen, bis die Betheiligten „raus“ seien. Der Mann hatte also seinen Bescheid! Außerdem bekommt er seinen verdienten Alfordlohn, um den er gleichfalls vorstellig wurde, nicht, wiewohl ihm zugestanden wird, daß er darauf Anspruch haben möge, und aus der Kupferschmiede fliegt er heraus, obwohl ihm wieder zugestanden wird, daß er unschuldig sei an den „Schweineereien“. Es ist übrigens schade, daß der Herr Baumeister sich nicht prägnanter darüber ausgelassen hat, was er unter den auf der Werkstätte vorgekommenen „Schweineereien“ versteht. Will er vielleicht nach dem berühmten Muster seines obersten Chefs, des Staatssekretärs v. Tirpitz, die Auffindung und Veröffentlichung der Liste mit dem verben Ausdruck bezeichnen? Oder ist er der Meinung, daß die Fabrikation der Liste eine solche, eines Vorstenthiers

würdige Handlung sei? Im letzteren Falle müßte es doch wahrlich nicht schwer halten, die „Betheiligten“, nämlich die Verfasser des Nachwerks, ausfindig zu machen und „raus“ zuwerfen. **Neustrelitz.** Der Vater des Bürgermeisters von New-York. Der Arbeiter Low in Neustrelitz behauptet, der Bürgermeister Mr. Seth Low von New-York sei sein leiblicher Sohn. Er wanderte 1865 mit seiner Frau und seinem damals drei Jahre alten, in Flaeth bei Mirow geborenen Sohn nach Amerika aus und ließ sich dort in Yncatan nieder, wo er bis 1866 verblieb. Er nahm an dem amerikanischen Kriege theil und gerieth auf acht Wochen in Gefangenschaft. Als er nach dem Tode seiner Frau wieder nach Mecklenburg zurückkehrte, erbat sich von ihm der kinderlose Schilkrötenhändler Salpeter den sechsjährigen Knaben aus, erzog ihn und hinterließ ihm später sein nicht unbedeutendes Vermögen. Auch hat Seth später den Pastor in Laguna beerbt. Der alte Low ist jetzt dabei, zu beweisen, daß er der Vater des Bürgermeisters von Newyork ist. Aufmerksam auf ihn geworden ist er durch einen Zeitungsartikel, der sich mit der Amerikareise des Prinzen Heinrich beschäftigte. **Bremen.** Trinkgelder für die Aufsichtsrathsmitglieder des „Norddeutschen Lloyd“. Nach einer Feststellung des Professors Warschauer haben im Jahre 1900 die 14 Aufsichtsrathsmitglieder des „Norddeutschen Lloyd“ eine Gesamtsumme von 243 175 Mk. erhalten. Hiernach entfällt auf jedes Mitglied die Summe von 17 000 Mk. Zu diesen 14 Herren, die für ihre jährliche „Mühe“ 17 000 Mk. einheimsten, gehört auch der Reichstagsabgeordnete Frese-Bremen, der noch im Aufsichtsrath der „Argo“-Gesellschaft sitzt, wo er gewiß auch

nicht umsonst die „Aufsicht“ führt. Diese Zahlen lassen uns das mehr als energische Auftreten Frese's im Reichstage für die Rheider begreiflich erscheinen. Er ist eben der Reichstagsabgeordnete für den „Lloyd“ u. m. d. a. **Oldenburg.** Der nächste Landtag, der im nächsten Herbst neu gewählt wird, erfährt eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten infolge des Steigens der Bevölkerungsziffer. Er wird anstatt 37 Abgeordnete 40 zählen. Es kommen auf je 10 000 Einwohner ein Abgeordneter. Beträgt der Ueberschuß der Bevölkerung in einem Wahlkreis mehr als die Hälfte dieser Zahl, so wird dafür noch ein Abgeordneter gewählt. Von den 10 Wahlkreisen ist nun in 3 ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der die Wahl von je einem weiteren Abgeordneten notwendig macht. So wird der sechste Wahlkreis, Westfalens-Damme, der bisher 3 Abgeordnete entsandte, in Zukunft 4 entsenden und der 7. Wahlkreis, Kloppenburg-Tönningen-Friesoythe wird ebenfalls einen mehr, d. i. 4 Abgeordnete, entsenden. Der 5. Wahlkreis Stadt und Umland würde 5 Abgeordnete anstatt 4 zu entsenden haben. Es ist aber von ihm in der letzten Landtagstagung der Wahlkreis 5 a, das neue Amt Rüstringen (Bant, Heppens und Neende) abgezwängt worden, und entfallen nun auf den 5. Wahlkreis 2 und den neuen Wahlkreis 5 a 3 Abgeordnete. Für die drei neuen Landboten müssen im Landtagssitzungsjaare neue Plätze geschaffen werden. Dazu bedarf es baulicher Aenderungen, weil in dem Saal bei seiner jetzigen Gestalt absolut kein Platz mehr für sie vorhanden ist.

Die Geburt eines gesunden Mädchens zeigen an  
**Johs. Bade und Frau,**  
geb. Rütting.

**Frieda Rebien**  
**Heinrich Matthiessen**  
Verlobte.  
Lübeck, den 16. Februar 1902

Am Dienstag d. 18. d. M. starb sanft nach langer schwerer Krankheit unser lieber unvergesslicher Vater, Schwiegervater und Großvater, d. r. Arbeiter

**Wilhelm Möller**  
im 51 Lebensjahre.  
Dies betrauert von den Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Freitag den 21. d. M. vom Sterbehause, Schwartauer Chaussee Nr. 6, aus statt.  
Die Beerdigung meines lieben Mannes findet nicht Donnerstag 9 1/2 Uhr, sondern am 12. Uhr statt.  
**Luise Fiencke Wwe.**

**Danksagung.**  
Für die rege Theilnahme und reiche Spenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes spreche ich meinen innigsten Dank aus.  
**Chr. Vogelsang.**

**Eine Wohnung zu vermieten.**  
**Luckmann, Fiedenburg.**

**Ein Kinderportwagen bill. zu verk.**  
Erford. post 14.

**Leere Weinflaschen, 1/2, 1/3, zu kaufen gesucht.**  
**Leukefeld, Sa. Sobbera 1**

**Für Restaurateure und Mineralwasser-Fabrikanten**  
empfiehlt billig zum Ankauf:  
Neue

**Kohlensäure-Flaschen**  
mit dem vorzüglich bewährten  
**Alpha-Ventil.**  
Lübeck. **Otto Schweichler.**

**Möbelkäufern**  
empfehle ich  
mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter  
**Möbel jeder Art.**  
**Folckers' Möbel-Magazin**  
25 Mariesgrube 25.

**Frauen**  
finden Beschäftigung in der Mänterei und  
Marinier-Anstalt von  
**J. Plath, Ernebst.-straße 17 a.**

**Eine saubere Frau zum Hausiren**  
Augustenstraße 16.

**Jacket für Confirmaantin, fast neu, billig zu verkaufen**  
Stübenstraße 7, 1.

**2 complete Betten mit Bettstellen**  
billig zu verkaufen  
Reisbierstraße 24.

Wer gerne  
**eine gute billige Tasse Caffee**  
**trinken** will, kaufe  
**feinste Mocca-Mischung pr. Pfd. 70 Pf.**  
Hochfeine ger. Caffees per Pfund 80, 90, 100 und 120 Pfg.  
Bei jedem halben Pfund  
gebe ich 3 Brikets oder 3 Rabattmarken gratis.

**Kaufen Sie nur**  
**Möller's allerf. Margarine per Pfd. 70 Pfg.**  
Hochfeine Holländische Margarine, per Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.  
Bei jedem Pfund gebe ich  
1 Keller, 5 Rabattmarken oder 7 Brikets gratis.

**Conserven.**  
Schnittbohnen, 2 Pfd.-Dose 26 Pfg.  
Brechbohnen, 2 Pfd.-Dose 26 Pfg.  
Feine junge Erbsen, 2 Pfd.-Dose 50 Pfg.  
Prima Brechspargel, 1 Pfd.-Dose 50 Pfg.  
**J. Möller**  
**Johannisstrasse 13**  
Filiale:  
**Fünfhausen 7.**

**Achtung! Achtung!**  
Alle Gelder welche für das Abzahlungsgegeschäft von **Otto Tretau** bestimmt sind, werden von **Herrn J. Knaack, Reichstraße 5 b**, oder dessen Kassirer eingeholt.  
**Zimmerer**  
**Verammlung**  
am Donnerstag den 20. Februar  
Abends präc. 8 1/2 Uhr  
Tages-Ordnung:  
1. Regelung der Arbeitslosen-Unterstützungskasse respective des örtlichen Fonds.  
2. Wahl zur Banarbeitersicht-Kommission.

**Leere Farbetonnen**  
**Friedr. Meyer & Co.**  
**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 20. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
119. Abon.-Vorst. 143. Vorst. 19. Donnerstags-Ab.  
Zum 1. Male in dieser Spielzeit:  
**Der Freischütz.**  
Freitag den 21. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
144. Vorst. 25. Vorstellung außer Abonnement.  
Vortheilsabend für Herrn Oberregisseur  
**Franz Bonno.**  
„Die Verdamnten.“ „Die Fische.“ „Die Verlobung bei der Laterne.“  
Sonabend den 22. Februar. Anfang 7 Uhr.  
145. Vorst. 26. Vorstellung außer Abon.  
Gastspiel von **Annie Lans**  
vom Stadttheater in Bremen.  
**Der Kaufmann von Venedig.**

**Parteigenossen!**  
Leset die Wochenchrift  
**In freien Stunden.**  
Der 6. Jahrgang hat schon begonnen und bringt die spannenden Romane „Im Barne der Dämonen“ und „Der Vassal“. Jede Woche erscheint ein Fest à 10 Pfg.  
Bestellungen nehmen unsere Colporteurs entgegen sowie die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstrasse 50.

**Jeder Geschäftsmann**  
ist gezwungen, in kleineren oder größeren Büchern Eintragungen zu machen, Contobücher und Rechnungen anzustellen etc.  
Zu diesem Zwecke empfehlen:  
**Geschäfts-, Conto- und Notizbücher in den verschiedensten Formaten, Rechnungsformulare mit Vordruck in Blocks mit 50 Stück à 30-50 Pf.**  
Ferner:  
**Bleisfedern, Stahlfedern, Federhalter, Converts u. Papier mit und ohne Firmen-Aufdruck**  
und erjuchen, den Bedarf zu entnehmen bei der  
**Buch- und Papierhandlung von**  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

## Das Blutbad in Triest.

Ueber die entsetzliche, blutige Tragödie, die sich in Triest vor wenigen Tagen abgespielt hat, liegen nunmehr auch Schilderungen aus parteigenösslichen Kreisen vor, wodurch natürlich die Vorgänge und ihr Anlaß ein ganz anderes Gesicht gewinnen. Einer längeren Zuschrift, die der „Vorw.“ aus Wien erhält, entnehmen wir Folgendes:

Aus einem kleinen Streik ist es in Triest zu so blutigen Ereignissen gekommen. Am 3. Februar stellten zweihundert Heizer des Oesterreichischen Lloyd die Arbeit ein. Die Ausbeuter-Gesellschaft hatte eine Verordnung erlassen, wodurch die so schwere und schlechtbezahlte Arbeit der Heizer der Lloyd-Dampfer durch Ueberarbeit in den Ruhepausen ganz unerträglich gemacht worden wäre. Die Heizer weigerten die Abfahrt und die Gesellschaft ließ einen Dampfer mit türkischen Heizern abfahren, obwohl das Gesetz strenge bestimmt, daß nur geprüfte Heizer eingeschifft werden dürfen. Die Bitte, zur alten Ordnung zurückzukehren, wurde von der prologischen Direktion schroff zurückgewiesen, und so traten die im Hafen anwesenden Arbeiter in den Streik. Ihre Forderungen waren die denkbar bescheidensten: die Abschaffung des zweistündigen Dienstes an Bord in See nach der Wache, Reduzierung der Arbeitszeit im Hafen auf acht Stunden und Aufhebung der Bestimmung, daß an Bord der im Hafen liegenden Schiffe die Hälfte der Mannschaft zu verbleiben hat. Die Gesellschaft verblieb bei ihrer Weigerung und die Arbeiter beharrten in Streik. Nun mißte sich die Regierung ein. Aber nicht etwa, um auf die vom Staate subventionierte Gesellschaft zu Gunsten der Arbeiter einen Druck auszuüben, sondern um ihr, gegenüber den Arbeitern Streikbrecher beizustellen. Streikbrecher von Amtswegen: zum Dienst für den Lloyd wurden Heizer der Kriegsmarine kommandiert. Das ging so ein paar Tage, die Verwahrungen der sozialdemokratischen Presse, die Beschwerden der sozialdemokratischen Abgeordneten blieben unbeachtet. Mit durchsichtigem Hohn ließ die Gesellschaft mitteilen, daß sie bald Türken, bald Araber, bald Griechen als Heizer gewonnen habe, und gegen die gesetzliche Vorschrift wurde ihr die Verwendung ungeprüfter Heizer gestattet.

Nun entschlossen sich die Triester Arbeiter zu einem energischen Schritt. Die Triester Arbeiterschaft besitzt eine sehr gute gemeinliche Organisation; denn nur aus ihrer Stärke ist der Entschluß zu erklären, zur Durchführung der Forderung der streikenden Heizer einen Generalkstreik der gesamten Triester Arbeiterschaft ins Werk zu setzen. Der Beschluß wurde Donnerstag Abend gefaßt und Freitag, nachdem die Lloyd-Gesellschaft die Erfüllung der Forderungen der streikenden Heizer endgültig abgelehnt hatte, mit großer Energie durchgeführt. Am Abend standen bereits 10 000 Arbeiter im Streik und Sonnabend war die Arbeitsehrer allgemein. Jetzt endlich bequemt sich die übermüthige Gesellschaft, deren Hartnäckigkeit von den staatlichen Behörden freilich noch angefeuert worden war, zu Verhandlungen, sie einigte sich mit den Vertrauensmännern der Arbeiter auf ein Schiedsgericht, dessen Spruch den Streik der Heizer beilegen sollte. Allerdings war die Erregung seither sehr gestiegen und aus den streikenden Arbeitern, denen der Zustand ein nüchternes Rechenexempel ist, waren erbitterte, von Leidenschaft erfüllte Menschen geworden. Unsommer hat Besonnenheit und Vernunft Noth. Aber daran hat es in Triest vollständig gemangelt. Der Statthalter, eine graßliche Buppe, gerade gut, um bei Festlichkeiten zu repräsentieren, verliert den Kopf, und anstatt von der die Straßen füllenden Menge jede Provokation ängstlich fernzujagen, schickt er ihr Militär entgegen. Und so geschah, was eine traurige Erfahrung so oft erweisen hat: das Militär schießt, weil das Militär da ist, die Gewehre gehen los, weil sie geladen sind! Wir wollen nicht bestreiten, daß wenn das Militär in den Kasernen geblieben wäre, vielleicht auf den Gassen geschrien und gejungen wäre, ja daß am Ende auch

ein paar Fensterscheiben eingeschlagen hätten werden können. Aber ist, um solches Unheil zu verhüten, die Ermordung von 14 Menschen das richtige Mittel? Die vollständige Unfähigkeit der staatlichen Beamten in Triest ist die einzige Ursache der grauenhaften Ereignisse. Wäre Graf Götz nicht mit den mächtigen Direktoren des Lloyd so unanständig versippt, so hätte er nicht die Schamlosigkeit begehen können, ihnen gegen die streikenden Arbeiter Streikbrecher von Amtswegen zu liefern. Wäre die Triester Statthalterei nicht so von allen Göttern verlassen, so hätte sie die vom Staate so abhängige Lloyd-Gesellschaft zur Erfüllung der billigen Forderungen auch ohne Generalkstreik veranlassen können. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Statthalter, um die so trotz hervortretenden Folgen seiner Unfähigkeit zu vertuschen, die Zusammenkünfte mit dem Militär in bewußte Rechnung gestellt hat, daß die vierzehn getödteten Menschen verwendet werden sollen, um die Schuld von der so unzureichenden wie gedankenlosen Verwaltung einfach auf die Arbeiter zu wälzen!

Ganz unzweifelhaft waltet aber diese Absicht bei der Wiener Regierung, die Sonnabend Nachmittag den Beschluß gefaßt hat, über Triest den Ausnahmezustand zu verhängen. Mit dieser Maßregel hat sich der schönrednerische, modernes Empfinden postirende Herr v. Koerber als das entschleiert, was er trotz aller schönklingenden Redensarten im Wesen ist, als eine niedrige Bureaufkratze, in deren dumpfem Gehirn nichts Platz hat, als der Appell an die Gewalt, der der erste und letzte Einfall die Niedertretung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten ist. Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist nämlich in diesem Fall eine so absolut sinnlose Maßregel, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß ihre Verhängung nicht den Zweck hat, die Unruhen zu beschwichtigen — thatsächlich hat das Bekanntwerden des Spruches des Schiedsgerichts, der ein voller Erfolg für die Arbeiter ist, die Gemüther vollständig beschwichtigt — sondern den, das vergossene Blut zu rechtfertigen. Indem die Regierung die Gräuel der von einem rathlosen Beamten gerufenen Soldateska um ihre eigne Schändlichkeit vermehrt, hofft sie den Eindruck zu erzeugen, es liege der Ausbruch plötzlicher Leidenschaft gewesen, der in Triest zu Erzeissen geführt hat, sondern irgend ein vorbereiteter Rutsch, ein anarchischer, wie der Triester Polizeipräsident faßelt, oder ein irredentistischer, wie Herr v. Koerber zu glauben vorgiebt, kurz, es sei in Triest nicht eine von den Behörden verschuldete Explosion der Leidenschaft am Werke gewesen, sondern eine verzweigte, bewußt genährte Bewegung antistaatlicher Art sei zum bewußten Ausbruch geführt worden. Nun liegt aber die Entschcheidung, das Wachsthum und der Charakter der Triester Vorgänge so klar und deutlich zu Tage, man sieht förmlich, wie die Unruhen entstehen, wie sie sich verbreiten, wie sie in den jähren Beschluß des Generalkstreiks umschlägt, wie die leidenschaftliche Natur der Südländer die kalte Berechnung zurückdrängt, wie das Erscheinen des verhassten österreichischen Militärs in der nationalen Stadt die Wuth der Menge erregt: der psychologische Antriebe zu den Erzeissen, die die Massen auf den Straßen verübt haben sollen, ist so klar zu erfassen, daß selbst das Bureaufkratzengehirn österreichischer Minister ihn nicht verkennen kann! Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist keine Verhütungs-, sondern eine Verlegenheitsmaßregel. Herr v. Koerber hofft die Vorwürfe ob des Mordens in den Straßen von Triest damit zu betäuben, indem er zu schlimmstem Unheil neues Unrecht fügt, die Schwere der Vorführung als Beweis führt, wie tief und groß der Ansturm gegen die staatliche Ordnung gewesen war!

Wie sinnlos die Maßregel ist, ermüht man am besten, wenn man den Inhalt der Ausnahmeverfügung mit den Vorgängen in Triest vergleicht. Durch den Ausnahmezustand — zu dessen Verhängung, beiläufig bemerkt, die Regierungsgewalt durch ein aus der Heroenzeit des österreichischen Liberalismus stammendes Staats-Grundgesetz ermächtigt

ist — werden in Triest die staatsgrundgesetzlich verbürgten Rechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Pressfreiheit und der Freizügigkeit aufgehoben. Da die österreichischen Staatsbürgerrechte schon in Friedenszeiten einen wahren Ausnahmezustand enthalten, so ändert ihre Aufhebung an dem faktischen Zustand eigentlich recht wenig. Nach dem Vereinsgesetz müssen Vereine von der Behörde bewilligt werden, und bestehende Vereine können aufgelöst werden. Mehr kann man natürlich auch nicht thun, wenn das staatsgrundgesetzliche Recht, Vereine zu bilden, sistirt ist; das ganze Unterchied ist, daß die Behörde hier zu ihren Willkürlichkeiten gesetzlich befugt wird, wogegen sie in normalen Zeiten ihre Willkürakte — begründen muß. Ebenso ist es mit Versammlungen. Während des Ausnahmezustandes ist die Abhaltung von Versammlungen verboten. In normalen Zeiten können Versammlungen „bloß“ aus Rücksichten der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten, können „bloß“ die tagenden Versammlungen behördlich beaufsichtigt und aufgelöst werden. Der Unterschied ist wahrlich recht unbeträchtlich. Und was die österreichische Pressfreiheit betrifft, so können bekanntlich alle Druckschriften wegen jeder noch so belanglosen Uebertretung mit Beschlagnahme belegt werden, so daß durch den Ausnahmezustand da wirklich nicht viel vernichtet werden kann. Wenn nun die Staatsgewalt schon in Friedenszeiten eine so kolossale Macht inne hat, wenn sie die Abhaltung von Versammlungen, die Bildung von Vereinen verbietet, Versammlungen und Vereine beaufsichtigt und sie beeinflussen kann, wenn jedes Zeitungsblatt konfisziert werden darf: was vermöchte also die Suspension der ohnedies so fargen staatsbürgerlichen Rechte zu begründen, rechtfertigen, erklären? Und wie und wo haben die Triester Ereignisse auch nur einen Zusammenhang mit den staatsbürgerlichen Rechten, daß die Regierung meinen könnte, dem Ansturm, wie sie sagt mit deren Suspension beizukommen? Im Abgeordnetenhaus hat Sonnabend Herr v. Koerber noch erklärt, daß die ersten Schüssen vorangegangene Volksversammlung, die von etwa 30 000 Menschen besucht wurde, „ohne jeden Anstand verlaufen war“: wodurch hat sich also das Versammlungsrecht an den Unruhen mitwirkend erwiesen? Und die arme Pressfreiheit? Seit dem Donnerstag erschienen in Triest überhaupt keine Zeitungen — weil sich die Schriftsteller dem Generalkstreik angeschlossen hatten —; welche Tollheit ist es also, für die Empörung der Menge die Pressfreiheit verantwortlich zu machen? Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist nur durch das schlechte Gewissen der Regierung zu erklären und durch den Mangel an Respekt vor den staatsbürgerlichen Rechten, mit dem die erleuchtete Beamtenregierung nicht minder behaftet ist, wie alle die Polizeimenschen, die vorher das Staatsruder geführt haben!

Die Verfügung muß dem Reichsrathe sofort vorgelegt werden und so wird Dienstag, dem nächsten Sitzungstage des Abgeordnetenhauses, Herr v. Koerber Rechenschaft geben müssen. Ohne Rückwirkung auf die politische Situation werden die traurigen Dinge nicht bleiben; gar so rasch, wie er sich eingebildet hat, wird Herr v. Koerber sein Budget nicht mehr erlangen. Daß die blutigen Ereignisse auch eine Lehre sind, den Gedanken eines Generalkstreiks nicht als eine so einfache, rechnerische Sache zu erachten, wie es in unklaren Köpfen so oft geschieht, ist selbstverständlich. Die traurigste Rückwirkung wird freilich der Staat Oesterreich verspüren: er hat Triest, seine einzige Hafenstadt, in der er schon längst ein Fremdling gewesen, nun endgültig verloren. Flintenschüsse sind kein Mittel, womit man in unsern Tagen den Patriotismus weckt und stärkt.

## Soziales und Parteileben.

Arbeiterentlassungen in einem staatlichen Betriebe. Die königliche Artilleriewerkstatt in Böln-Deutz hat einer großen Anzahl Arbeiter gekündigt. Von 440

## Erbschaft.

Roman von Elise Wein.

Nachdruck verboten.

Ein Märzorgen ist's, Schnee- und regennach, dazu der pfeifende Berliner Wind. Die Laternen brennen noch vereinzelt flackernd und matt. Vor der Thüre eines Hauses in der Goltzstraße, die Vorder- und Hinterhäuslern zugleich zum Eingang dient und noch nicht aufgeschlossen ist, treffen zwei Baderjungen zusammen.

„Kie mal,“ sagt der Eine, dem Andern ins Gesicht sehend.

„Ja, det bin ich!“ ist die Antwort.

„Wo denn auch?“

„Bei die Konturrenz, bei Volken doch!“

„Na, denn man zu!“

Mit schwerfälligen Schritten kommt der Portier, ein breitschultriger Mann mit einem Vollbart, über den großen Flur; er bringt etwas, wie er den Schlüssel dreht, und fährt mit dem linken Arm in seine Tasche.

Die Jungen stürmen an ihm vorüber nach den Hof und tappen die Hintertreppen hinauf, erst rechts, dann links, um ihre Brodbeutel an die Rinken zu hängen. Im Vorderhaus und den dazu gehörigen Seitenflügel mit den Küchen ist noch meistens alles still, nur hinter den Vorgängen einer Hofwohnung im vierten Stock brennt Licht. Eine Hand langt dort auch sofort bei dem Erscheinen des Baders heraus und holt den Beutel herein. „H. Pünke, Schneidermeister,“ steht auf einem Schilde neben der Thüre, und darunter ist noch ein Pappstück befestigt, auf welchem zu lesen ist: „Nebennimmt auch Ausbesserungen zu den billigsten Preisen, wendet und bügelt auf.“

Die junge Frau legt in der kleinen Küche das Brod in ein Körbchen, setzt die Tassen auf ein Brett und geht damit nach der großen Stube. Dort sind die Betten schon ge-

macht und ihr Mann hat die Lampe neben seinen Arbeitstisch gestellt.

„Du, Heinrich, die Milch für das Kind steht hier im Ofen.“

„Jawohl — weiß ich ja!“

„Un denn auch ordentlich lüften!“

„Weiß ich doch auch.“

Sie ist groß, frisch, blauäugig und hat dunkelbraunes Haar; er ist etwas kleiner als sie, sehr schmal-schultrig, blaß, und seine braunen Augen liegen tief in den Höhlen.

An der Thüre, die in das kleinere Zimmer nebenan führt, klopf es.

„Kann ich rin?“ fragt eine Bassstimme.

„Allemaal!“ ruft der Schneider.

„Morjen! Morjen!“ Der Mensch mit dem Bierton ist klein und stark; sein Kopf ist ergraut.

„Weißt es doch, Telle, wir sin früh da!“ meint Heinrich Pünke.

„Was sich hört, hört sich,“ antwortet der andere. „Es könnte ja mal sind, daß Madame Pünke noch nicht ganz mit der Tojelette fertig wäre und das schenirte ihr und mir. Denn so einer bin ich. Abends ist die Sache anders; da seh ich den Himmel for'n Dudsack und 'ne graue Kaze for'n weißen Schwan an. Da kann sie gesund hier im Bette liegen, davon weiß ich nichts, denn da geh' ich der Nase nach in meine Klappe und bin froh, wenn ich ihr erreicht habe.“

„Ja, Telle, gestern Abend hattest Du wieder 'nen gehörigen Timpen!“

„Wohl mir, bekommen is mirs auch.“

Die blonde Frau fällt seine Tasse, legt ihm sein Brod hin und sieht ihn dann ein wenig von der Seite an.

„Telle — so was thut doch Heinrich nu nie!“

„Ne, dhut er nich! Weil's ihm kein Plästervergäßen

macht, weil er gar nicht vertragen kann, mit einem Wort, weil er 'n Hannehampe is!“

„Telle!“ jagt der blaße Schneider und stemmt den einen Arm in die Seite. „So 'ne Ausdrücke —“

„Kennst de mich! Na, schenir dir nich — bist ja kein Berliner, es soll dir nich angerechnet werden mit deinen Sünden am jüngsten Tage, daß du man aus so 'nem kleinen thüringischen Nest bist und nich mit Spreewasser getauft.“

„Heinrich,“ meint die blonde Frau, als der Redselige die Tasse an den Mund setzt, „ist eben ein sparlamer Mensch und denkt an Frau und Kind.“

„Warum hat er sie, Madame Fine, warum hat er sie?“ ruft Telle.

„Nichts für ungut, aber in unsern erbärmlichen Zeiten muß sich ein Mensch so 'ne Luxusgegenstände gar nich erlauben. Denn, wohin führt's? Zu 'ner ganz miserablen Wirthschaft! Zum Verhungern zu viel und zum Sattessen zu wenig.“

Heinrich Pünke macht wieder sein beleidigtes Gesicht.

„Fine, was sagst du dazu? Haben wir nicht immer satt gegessen und bin ich nicht der Mann dafür, der dir satt giebt?“

„Gewiß, Heinrich, gewiß!“

„Aber — vom Trinken is nich die Rede.“ lacht Telle. „Un satt trinten muß sich 'n ordentlicher deutscher Mann auch können. Ich bin 'darum allein geblieben.“

„Und kommst doch auf keinen Zweig!“

„Hahaha! grünen Zweig!“ Telle wackelt ordentlich vor Vergnügen. „Was soll ich auf 'nem grünen Zweig? Stellen Sie sich das bloß mal vor, Madame Fine, der Zimmermaler Franz Telle auf 'nem grünen Zweig! Is ja 'ne abscheuliche Position. Auf's Gerüst treitre ich wohl — was soll ich aber auf 'nem grünen Zweig?“

Gestern is bei Heinzens wieder das Brod mit sammt dem Beutel gestohlen,“ erzählt die junge Frau. „Ich bin immer auf der Hut — aber so 'ne Dienstmädchen, na, denen is ja am Ende gleich, ob die Herrschaft bestohlen wird oder

